

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring zum „Thüringer Gesetz über die
Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010“ in der
Plenarsitzung vom 25.02.2010**

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Abgeordnete Keller, das will ich Ihnen sehr gerne versprechen für unsere Fraktion, wenn Sie sinnvolle Anträge liefern, dann denken wir natürlich darüber nach, aber auch das wäre eine neue Qualität, wenn die Anträge sinnvoll wären. Wir werden schauen, was sich daraus entwickelt. Lassen Sie uns gemeinsam zu diesem Haushalt beraten, der für das Haushaltsjahr 2010 vorgelegt wurde und der insbesondere die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch ein Stück widerspiegelt mit seinem Ausgabenvolumen in der Frage, was das Investitionsverhalten betrifft, aber am Ende auch, was die Frage der vorgelegten Neuverschuldung betrifft. Die Krise, von der wir hier auch im Haus schon mehrmals gesprochen haben, ist an keinem Land vorbeigegangen, weder in Europa noch weltweit. Manche Länder, insbesondere in Europa, wir sehen das am Beispiel Griechenlands derzeit, stehen am Rande des Erträglichen, am Rande des Staatsbankrotts. In vielen Ländern ist Massenarbeitslosigkeit Thema Nr. 1. Deswegen sind wir nicht frei davon, weder in Deutschland noch in Thüringen mit den Auswirkungen aus der Krise auch zurechtzukommen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Fragen Sie mal, wer dafür verantwortlich ist.)

Aber ich denke, dass im Gegensatz insbesondere, ich will das Extrembeispiel Griechenland auch gern nehmen, Deutschland, aber auch Thüringen relativ verschont geblieben sind von den Auswirkungen der Krise auf den globalen Wirtschafts- und Finanzmarkt. Es liegt zuletzt nicht daran, dass Deutschland und insbesondere die deutsche Volkswirtschaft eine hervorragende Substanz hat und hier in Thüringen, das hat die Finanzministerin zu Recht ausgeführt, auch die richtigen Weichenstellungen in den vergangenen Jahren für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik gelegt wurden, was wir nicht zuletzt unseren kleinen Handwerks- und Mittelstandsbetrieben in Thüringen zu verdanken haben, die ja, man muss es immer wieder sagen, 95 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts erarbeiten. Dass wir so robust durch die Krise durchkommen, liegt vor allen Dingen an diesen Menschen, die oft auch mit ihrem Privatvermögen ganz persönlich einstehen und haften dafür, dass sie Arbeitsplätze sichern und dass sie an der Produktivität in der Gesellschaft teilhaben. Mit dem vorgelegten Haushalt hat die Regierung ihren Anspruch markiert, das Richtige zu tun, um einen weiteren Abschwung zu verhindern und auch das Richtige jetzt vorzulegen, um aus der Krise die Lehren zu ziehen und mit neuem Denken wieder aus dem Tal der schwierigen Situation herauszukommen. Ich bin fest davon überzeugt wie meine gesamte Fraktion, dass die Auswirkungen der Krise uns die gesamte Legislaturperiode beschäftigen werden, nicht zuletzt deshalb, weil alle Wirtschaftsforscher in ihren Prognosen davon ausgehen, dass wir frühestens im Jahr 2012, vielleicht auch erst im Jahr 2013 das Vorkrisenniveau erreicht haben werden, insbesondere mit Blick auf die dann zu erwartenden Steuereinnahmen, aber auch mit Blick darauf, dass die Auswirkungen des Arbeitsmarktes erst dann tatsächlich wirklich verkräftet worden sind. Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir mit unserem kleinen Haushalt in Thüringen, aber auch insgesamt in Deutschland darauf achten, dass wir nicht mit weiteren Belastungen der Menschen mit noch mehr Steuern, mit noch mehr Abgaben am Ende auch ein Stück den unstillbaren

Hunger des Staates befriedigen, sondern wir auch so viel Freiheit ermöglichen und deswegen auch schauen, dass wir Gesetze so gestalten, dass die Leute sich nicht weiter in besonderer Weise belastet fühlen.

(Beifall CDU)

Diese Frage des Belastungsfühlers hängt auch ein Stück damit zusammen, inwieweit die Leute den Staat und auch unser Steuersystem als gerecht empfinden.

(Beifall CDU)

Ich glaube, man sollte sich darüber Gedanken machen, ob wir auch ein Stück nicht darüber sprechen sollten, ist der Sozialstaat in Deutschland viel mehr als alles andere auf Solidarität angewiesen, nämlich zu wissen, dass der Steuerzahler, der am Ende den Sozialstaat finanziert, einen Anspruch darauf hat. Was macht der Staat mit seinem Steuergeld? Setzt er es effizient ein? Setzt er es sorgsam ein? Setzt er es sparsam ein? Setzt er es so ein, es in Sozialkapital zu verwandeln? Setzt er es sachgerecht ein und setzt er es so ein, dass nachfolgende Generationen nicht belastet werden? Ich will Ihnen auch deshalb an dieser Stelle vielleicht ein kleines Beispiel sagen: Seit jeher die Menschen über den Staat nachdenken, tun Sie es entweder, weil sie über den Vater Staat nachdenken oder über den Staat als Dieb. Die einen, die über den Vater Staat nachdenken, die hat man weithin als Idealisten bezeichnet, weil sie am Ende auch ein Stück davon ausgehen, dass der Vater Staat als respektierte Rechtsperson auch ein Stück dazu beiträgt, identitätsstiftend zu sein und auch die Gesellschaft zusammenzuhalten. Diejenigen, die den Staat als Dieb bezeichnen, sind die, die man in der Vergangenheit als Anarchisten bezeichnet hat, die auch davon ausgehen, den Staat als Wegelagerer zu begreifen, als der, der die Freiheit einschränkt, als der, der den Menschen in seiner individuellen Freiheit auch nicht ein Stück sich entwickeln lässt. Darüber nachzudenken, diesen Gleichklang zu finden, das kann man nur, wenn man auch genügend Vertrauen in den Staat zulässt. Dieses Vertrauen auch zuzulassen, dass Gerechtigkeit auch wahrgenommen wird beim Bürger, das ist nicht ganz unentscheidend.

Ich will es an zwei Zahlen verdeutlichen, warum die Frage an dieser Stelle auch gesellschaftspolitisch so relevant ist: 7 Mio. Menschen leben heute von Arbeitslosenhilfe und Sozialgeld in Deutschland, 15 Mio. Menschen sind von der Lohn- und Einkommenssteuer befreit, obwohl sie tagtäglich 40 Stunden und vielleicht auch länger auf Arbeit gehen und damit auch schauen, ihr eigenes Familieneinkommen zu erwirtschaften. Dabei ist auch zu beachten, dass trotz dieser ganzen Entwicklung der Eingangssteuersatz im kleineren Einkommensbereich von 25,9 Prozent im Jahr 1996 auf 14 Prozent bei den kleineren Einkommen heute heruntergeschraubt wurde und gleichzeitig der Grundfreibetrag von 2871 € im Jahr 1990 auf 8.004 € erhöht wurde. Das hat bei der Steuerlast im mittleren Einkommen gleichzeitig zu einer Mehrbelastung von 13 Prozent geführt. Daran sehen Sie auch so ein Stück das Ungleichgewicht. Wir haben 15 Mio. Menschen in Deutschland, die arbeiten und keine Steuern zahlen, weil sie so wenig verdienen, und damit auch die Sorge haben, dass es nicht ganz gerecht zugeht, obwohl sie jeden Tag auf Arbeit sind, es nicht reicht, dass sie ihre Familie ernähren können.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Deswegen brauchen wir den Mindestlohn.)

Gleichzeitig haben wir in der Summe 7 Mio. Menschen, die durchgängig abhängig sind von den Sozialtransfers. Wir haben versucht, bei den kleineren Einkommen da Entlastungen

herbeizuführen, und müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Leistungsträger der Gesellschaft, quasi ein Viertel von denen, die mehr als 45.000 € im Jahr verdienen, quasi drei Viertel des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften. Darüber nachzudenken, ein Steuersystem aufzustellen, das sowohl die kleineren Einkommen entlastet - das tut es ja, ich habe es gesagt, 15 Mio. zahlen gar keine Einkommen- und Lohnsteuer -, aber auch dazu beiträgt, dass die, die weiter oben abgeschöpft werden vom Staat, auch noch als Leistungsträger in der Gesellschaft willkommen sind und es nicht als ungerecht empfinden, dazu belastet zu werden, ist ganz wichtig. Jetzt kommt die entscheidende Frage: Wie erreicht man das? Ich bin der Meinung, das will ich ausdrücklich sagen und auch daran anknüpfen, was die Landesregierung im Bundesrat gesagt hat: Das erreicht man nicht in erster Linie mit Steuersenkungen, sondern man erreicht es, wenn überhaupt, zunächst mit dem ersten Schritt, ein Steuerrecht aufzustellen, was transparent, einfach und nachvollziehbar ist. Die Umgestaltung des Steuerrechts auf einfache Prinzipien hat in erster Linie nichts mit Steuersenkungen zu tun. Darüber eine Debatte zu führen, für Gerechtigkeit im Steuerrecht zu sorgen, aber nicht gleichzeitig der Mär hinterherzureden, das führt immer gleich zu Entlastungen, ist ganz wichtig. Wenn man dafür einen Beitrag leisten kann, empfinden die Leute auch das Steuersystem als gerecht.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir einen Haushalt für 2010 aufstellen, lohnt es sich auch darüber nachzudenken, was eigentlich in den letzten 20 Jahren geleistet worden ist. Ich will das an einem Beispiel sagen, weil sich dieses Jubiläum jetzt zum 20. Mal wiederholt hat. Am 20. Februar 1990 hat der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in Erfurt in Thüringen auf den Domstufen gesagt - und Sie kennen das Zitat -: „Gemeinsam mit Ihnen werden wir in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen.“ Ich will Ihnen ehrlich sagen, über dieses Zitat ist so viel gestritten worden. Aber weil wir uns auch in diesem Jahr am 3. Oktober freuen können, den 20. Jahrestag der Deutschen Einheit zu feiern, will ich rückblickend sagen, es hat sich gelohnt, in diesen 20 Jahren für den Freistaat Thüringen zu arbeiten.

(Beifall FDP)

Dieses Land ist tatsächlich vorangekommen und mindestens hier im Freistaat Thüringen sehen wir, dass sich das erfüllt hat, was Helmut Kohl als damaliger Bundeskanzler versprochen hat. Dieses Land ist ein blühendes Land geworden und wir können darauf stolz sein.

(Beifall CDU, FDP)

Meine Damen und Herren, vor 20 Jahren standen wir in Thüringen vor einem wirtschaftsund umweltpolitischen Scherbenhaufen. Die heutigen Probleme sind dagegen winzig. Es lohnt sich also, mit Kraft und Zuversicht auch diese Probleme in Angriff zu nehmen. Uns muss davor nicht bange sein, aber wir müssen einige Herausforderungen mehr bewerkstelligen, als uns das in den 20 Jahren vielleicht vorstellbar war. Ich will eine Zahl sagen, warum sich auch die Situation verändert hat. Wir haben versucht zusammenzurechnen, was wir an Hilfeleistung in diesen 20 Jahren bekommen haben - aus dem Fonds Deutsche Einheit, aus dem Solidarpakt I und aus dem Solidarpakt II. Wir sind auf die sagenhafte Summe von 47 Mrd. € gekommen, die allein dieser Freistaat Thüringen in

den letzten 20 Jahren an Hilfe bekommen hat.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Und was habt Ihr daraus gemacht?)

Für diese große Solidarität einmal Danke zu sagen, das kann sich lohnen und das muss man auch mal sagen zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit.

(Beifall CDU, FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben angepackt. Alle Regierungen haben seit 1990 versucht, ihren Beitrag zu leisten mit kritischer Begleitung aus der Opposition, mit großer Unterstützung unserer eigenen Bevölkerung, mit großer Unterstützung unseres Mittelstands, mit großer Unterstützung der Industriebetriebe, die sich gerade hier angesiedelt haben, weil sie meinen, hier die besten Bedingungen vorzufinden. Wir haben versucht, aus diesen 47 Mrd. € auch das zu machen, was man jetzt sieht, nämlich dass es im Land vorangegangen ist, dass das Land im Aufholprozess zwischen den Unterschieden und den Erblasten aus der alten DDR bis heute auch weit vorangekommen ist. Aber wir sind noch nicht am Ende.

Deswegen bekommen wir auch immer noch Hilfeleistung - aus dem Solidarpakt II und dem Länderfinanzausgleich jedes Jahr immerhin noch rund 1 Mrd. €. Jetzt kommt aber die entscheidende Trendwende. Wir wissen, im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, diese Beiträge schmelzen ab, jedes Jahr 100 Mio. €. Das geht in diesem Jahr los und wird uns Jahr für Jahr ereilen, bis diese Hilfe auf Null im Jahr 2019 zusammengeschmolzen ist. Das ist für uns genau der Punkt, zu schauen, uns so aufzustellen, dass wir im Jahr 2019 und den nachfolgenden Jahren auf eigenen Beinen stehen und uns das leisten können, was wir für Thüringen wichtig empfinden, und wo wir unsere eigenen Prioritäten setzen. Deshalb ist es ganz entscheidend, ausgehend von der Argumentation der Finanzministerin, die den Haushalt 2010 als Übergangshaushalt bezeichnet und auch die Perspektiven für die nächsten Jahre aufgezeigt hat, dass die Einlaufkurve, die wir jetzt mit dem Haushalt 2010 beschreiten, um dahin zu kommen, im Jahr 2019 auf eigenen Beinen stehen zu können, so ist, dass wir auch auf der Zielgeraden landen werden. Deshalb muss man darüber nachdenken, inwieweit können wir uns als Freistaat Thüringen unser hohes Ausgabenniveau leisten, was auch mit diesem Haushalt 2010 beschrieben ist und immerhin jetzt ein Volumen von 9,852 Mio. € umfasst. Ich will daran erinnern, dass wir schon Zeiten hatten, uns in diesem Niveau auch nach unten zu bewegen. Wir haben es zuletzt geschafft, im Jahr 1999 auf 9,140 Mio. € unser Ausgabenvolumen abzusinken. Wir haben das geschafft, Stück für Stück bei höchstem Steuereinnahmenniveau ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Bis 2009 - du hast dich versprochen.)

Okay, danke, für das Protokoll ist das richtig. Aber es bleibt entscheidend, dass wir es geschafft haben, in diesen Jahren unser Ausgabenvolumen in der Summe bei höchstem Steuereinnahmenniveau um 700 Mio. € abzusinken. Da waren wir Vorreiter vor allen Dingen in den jungen Ländern, weil die Senkung des Ausgabenniveaus am Ende die Voraussetzung dafür ist, bei weniger Einnahmen auch sich alle Ausgaben leisten zu können. Wir müssen noch in dieser Wahlperiode wieder an diese Zielmarken anknüpfen, das ist unsere Hausaufgabe, die wir uns stellen müssen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will das an einem Beispiel verdeutlichen im Vergleich zu den anderen Ländern. Ich habe mir ein paar Zahlen herausgegriffen bei der Frage: Was bedeutet es, wenn ein Freistaat wie Thüringen plötzlich mehr Geld ausgibt als im vorangegangenen Jahr? Zu welchen Effekten führt das bei Haushaltsvergleichszahlen? Die Steuerdeckungsquote ist da eine nicht ganz uninteressante Zahl. Natürlich sind auch die anderen jungen Bundesländer, aber auch die anderen insgesamt deutschen Länder nicht frei von der Steuereinnahmentwicklung, wie wir sie alle spüren. Thüringen ist da keine Insel der Glückseligen. Aber im Verhältnis dazu, wenn ich gleichzeitig mein Ausgabenvolumen steigere, dann führt das prozentual - das ist ganz simple Mathematik - auch zu einer Veränderung der Steuerdeckungsquote. Bei uns passiert folgender Effekt in Thüringen mit dem vorgelegten Haushalt, dass unsere Steuerdeckungsquote von 53 Prozent - und wir haben zehn Jahre lang daran gearbeitet, dass sie daraufhin gestiegen ist - jetzt auf 43 Prozent zurückfällt, nicht, weil die Steuereinnahmen in Thüringen in besonderer Weise zurückgehen, sondern weil das Ausgabenvolumen steigt. Ein Vergleich zu den anderen Ländern - und wir müssen diesen Vergleich auch wagen, weil insbesondere die neuen fünf Länder die gleichen Ausgangsvoraussetzungen hatten seit 1990 - zeigt, dass wir derzeit nach gegenwärtigem Haushaltsstand - das kann sich immer verändern, wenn es Nachtragshaushalte gibt, wenn andere ihre eigenen Haushalte aufstellen - das Bundesland sind mit der niedrigsten Steuerdeckungsquote. Das muss uns ein Stück beschäftigen, weil das zeigt, dass wir aus eigener Kraft derzeit nicht in der Lage sind, ohne fremde Hilfe unsere Ausgaben zu finanzieren, die wir hier gemeinsam in diesem Landtag beschreiben.

Der neue Haushalt für 2010 beschreibt hier eine Menge auch neue Aufgaben dafür, aber er löst noch nicht - das hat die Finanzministerin beschrieben, es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe -, dass wir diese Aufgaben, die wir beschrieben haben, auch tatsächlich durchfinanzieren können. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, da wir mehrmals darüber gesprochen haben, dass andere Bundesländer im Vergleich natürlich dazu viel höhere Steuerdeckungsquoten haben. Ich will als Beispiel nur mal Rheinland-Pfalz nennen mit 65,86 Prozent oder auch Schleswig-Holstein - es gibt ja einige Schleswig-Holsteiner hier im Saal - mit 59,27 Prozent.

Auch die sind insgesamt ein Stück besser aufgestellt, obwohl sie selbst auch in einer eigenen schwierigen Finanzlage auf Dauer sind, aber selbst die haben am Ende fast 18 Prozent, 17 Prozent mehr eigene Steuerdeckungskraft und sind trotzdem immer noch - wir können das jeden Tag nachvollziehen und nachlesen - auf die Hilfe des Bundes angewiesen, um ihre eigenen Landesaufgaben zu bestreiten. Deshalb gibt es natürlich ausweislich davon ausgehend einen Konsolidierungsbedarf für den Freistaat Thüringen. Ausgehend von dem Übergangshaushalt 2010 will ich das für 2011 mal in besonderer Weise beschreiben. Wir machen in diesem Jahr 880 Mio. € neue Schulden und sind damit centgenau an der Grenze, die uns die Verfassung erlaubt, Schulden aufzunehmen, wenn wir die eigenfinanzierten Investitionen dagegenstellen. Gelungen ist uns das aus folgendem Grund, weil wir insgesamt dankenswerterweise auch der Steuerentwicklung der vergangenen Jahre, aber ich mache auch keinen Hehl daraus, auch weil wir ein Stück Beitrag mit geleistet haben, mit 223 Mio. € Auflösung von Rücklagen und Überschüssen. Tatsächlich ist das strukturelle Defizit des Haushalts über 1 Mrd. €. Ich gebe hier nur Zahlen

wieder, die kann jeder nachlesen, ich will das hier gar nicht weiter bewerten, aber ich will es nur beschreiben. Aber entscheidend ist aus der Auflösung der Überschüsse und Rücklagen der vorangegangenen Jahre in Höhe von 223 Mio. € nämlich eines, die stehen uns 2011 und später nicht mehr zur Verfügung, weil diese Konten leer sind. Das heißt also, wenn ich jetzt einmal davon ausgehe, welche Schulden kann der Freistaat Thüringen im nächsten Jahr aufnehmen in derselben Höhe, und reißt die Verfassungsgrenze centgenau erneut und hält sie an dieser Stelle auch, was muss ich dann an Einsparungen vornehmen, um mindestens auf gleichem Niveau Haushalt fortzubeschreiben. Da gehört diese wichtige Zahl von 223 Mio. € dazu und eine weitere folgt, nämlich die erneute Degression im Solidarpaket II von 100 Mio. €. Es folgt eine weitere Zahl, die ergibt sich demographiebedingt aus dem Länderfinanzausgleich, weil wir dort die Hilfe im Ausgleich der Bundesländer bekommen entsprechend der Einwohnerzahl, weil es um Prokopfuweisungen geht. Das macht bei uns in Thüringen jährlich ein Minus von 40 Mio. € aus. Die 880 Mio. € Schulden in diesem Jahr zwingen uns bei gleichbleibendem Zinsniveau im nächsten Jahr mindestens erneut zur zusätzlichen Zinsausgabe von dann jährlich weiteren 40 Mio. €.

Eine Ausgabe will ich in besonderer Weise beschreiben, weil ich mich dazu auch noch mal äußern werde, zum Kita-Gesetz, was wir novellieren: Wenn das Kita-Gesetz ausfinanziert wird, ergibt sich vom 01.01. bis 31.12. mindestens ein weiterer Mehrbedarf von 50 Mio. €, um die volle Finanzierung für das ganze Jahr aufrechtzuerhalten. Wer da mitgerechnet hat, der weiß, dass dieser Betrag schon fast 450 Mio. € ausmacht.

Jetzt kommen auch noch folgende Unabwägbarkeiten hinzu: Wir wissen nicht, wie sich die Tarifentwicklungen in diesem Jahr darstellen. Wir hören ja gerade, welche Forderungen die Gewerkschaft im öffentlichen Dienst aufgemacht hat, wie die Arbeitgeber versuchen dagegenuhalten. Es gab schon Streiks, Sie können das alles nachvollziehen. Auswirkungen hat das insbesondere auf Länderhaushalte, weniger auf den Bundeshaushalt, denn der Bund verhandelt immer für die Länder mit, und Dritte verhandeln für uns und wir müssen dann die Tarifergebnisse nachvollziehen. Auch das wird uns Geld kosten. Wir wissen noch nicht, welche Folgen sich aus dem Hartz-IV-Urteil am Ende auch für die Länder ergeben oder durchgereicht bei uns in unserer Thüringer Systematik dann im Kommunalen Finanzausgleich, aber die Belastung bleibt beim Landeshaushalt stehen. Natürlich bleibt die Frage offen, wenn die Investitionen in den nächsten Jahren automatisch zurückgehen werden, weil das Konjunkturpaket II nicht fortgesetzt wird, ob sich dadurch auch ein Konsolidierungsbedarf an der einen Stelle ergibt. Völlig ungewiss ist, wie sich die Steuereinnahmensituation entwickelt.

Dann kommt noch eine letzte Zahl hinzu, die von besonderer Bedeutung ist, nämlich die Einhaltung der Verfassungsgrenze oder die von uns in der Landeshaushaltsordnung geregelte Schuldenbremse ab dem 01.01.2011, die auch zu beachten ist. Wenn ich also mindestens die Verfassungsgrenze in Thüringen weiter einhalten will, führt das natürlich durch den Rückgang der Investitionen im Konjunkturpaket II auch zu einer Verringerung der verfassungsmäßigen Grenze, um neue Schulden aufzunehmen. Geht die Investitionsquote zurück, geht auch die Grenze für neue Schulden zurück. Das heißt also, je nachdem, wie man das rechnet, ergibt sich ein weiterer Konsolidierungsbedarf, weil die einfache Fortschreibung, 880 Mio. € Schulden im nächsten Jahr aufzunehmen, mathematisch nicht aufgeht. Wenn ich die Verfassungsgrenze halten will, muss ich einen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf erbringen, um die Neuverschuldung an der Verfassungsgrenze zu halten. Nach Auffassung der CDU ist der Konsolidierungsbedarf sogar noch größer, weil ab dem 01.01.2011 aufgrund der Regelung der Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung eigentlich nur eine Neuverschuldung von 327 Mio. € möglich ist.

Diese ergibt sich aus dem Durchschnitt der Ist-Steuerereinnahmen der letzten drei Jahre im Vergleich zum aktuellen Steuerniveau und dieser Betrag beträgt dann tatsächlich im Jahr 2011 nach dem jährlichen Stand 327 Mio. €. Je nachdem, ob man die Grenze der Verfassung rechnet oder ob man die Grenze der LHO oder Ist-Steuerereinnahmen rechnet, ergibt sich ein Konsolidierungsbedarf bei gleichbleibender hoher neuer Nettoneuverschuldung von 600 Mio. € bis 1 Mrd. €.

Ich bin im Namen meiner Fraktion ausdrücklich dankbar dafür, dass die Ministerpräsidentin die Parlamentarier ermutigt hat, von ihrem Budgetrecht Gebrauch zu machen. Wenn wir im Parlament nicht von unserem Budgetrecht Gebrauch machen und nicht dafür Sorge tragen, dass die Neuverschuldung am Ende der Haushaltsberatungen nicht 880 Mio. € beträgt, dann habe ich große Sorge, wie uns ein Haushalt im Jahr 2011 oder 2012 oder 2013 oder auch 2014 gelingen soll. Es muss unsere Aufgabe sein, für diese Konsolidierung einen wichtigen Beitrag zu leisten.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Statistische Bundesamt hat in dieser Woche die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt. Es lohnt sich, da hineinzuschauen, die Finanzministerin hat es zu Recht angesprochen, weil die Statistiker unter der Überschrift „Bevölkerung im Osten Deutschlands wird besonders schnell zurückgehen und altern“ einen wichtigen Befund geliefert haben, der insbesondere auch auf Thüringen zutrifft. Die Einwohnerzahl wird danach in den nächsten zehn Jahren zwischen 2.028.000 und 2.038.000 Einwohnern pendeln. 2030 rechnen die Statistiker nur noch mit Einwohnerzahlen in Thüringen zwischen 1,843 und 1,873 Mio. Einwohnern. Für 2050 rechnen die Demographen gar nur noch mit einer Bevölkerungszahl zwischen 1,492 und 1,566 Mio. Einwohnern. Wenn wir davon ausgehen, dass man diese Daten als seriös bezeichnen kann, dann bleibt eine Feststellung zu machen, dass, weil die Kinder in den letzten 20 Jahren nicht geboren wurden, für diese zukünftige Aufgabe die Eltern fehlen, um diese Zahlen am Ende zu ändern.

Für die Altersstruktur, und das ist das Entscheidende, weil sich damit auch politische Herausforderungen ergeben, ergibt sich Folgendes: Gegenwärtig leben in Thüringen 317.000 Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 20 Jahren und im Jahr 2050 werden das nur noch 223.000 sein. Die Zahl der über 65-Jährigen liegt heute bei 515.000 Thüringern und wird bis zum Jahr 2030 auf 653.000 ansteigen und dann aber auch wieder sinken. Aber jetzt kommt das Entscheidende: Was passiert, wenn man einen Blick wirft auf die aktiv beruflich tätige Bevölkerung, am Ende die, die den Wohlstand des Landes erarbeitet und die Steuerereinnahmen auch erwirtschaftet, die dann der Staat entsprechend seiner Prioritätensetzung ausgeben kann? Danach ergibt sich, dass die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen von heute 1,39 Mio. Einwohnern auf - sage und schreibe - 762.000 Beschäftigte im Jahr 2050 sinken wird. Der stärkste Einbruch der mittleren Generation steht schon in den nächsten zwei Jahrzehnten bevor, also auch in der Phase, in der wir vielleicht - der eine mehr und der andere weniger - auch noch politisch aktiv sind. Deswegen ergibt sich auch jetzt das Handlungserfordernis und nicht erst im Jahr 2050, wenn ich damit rechne, dass dann weniger Aktive zur Verfügung stehen. Entscheidend bleibt, im Jahr 2030 werden nur noch 959.000 Thüringer im erwerbsfähigen Alter sein, das sind nur noch 69 Prozent der heute verfügbaren Arbeitskräfte.

Jetzt kann doch jeder in seinen eigenen politischen Schwerpunkt hineingehen und schauen, was bedeutet das, wenn nur noch 69 Prozent der aktiven Erwerbsfähigen in den verschiedenen Berufsgruppen, in den notwendigen Fachkräftebereichen, die wir brauchen, zur Verfügung stehen. Dann ergibt sich automatisch ein Handlungsauftrag für den Staat

auch zu prüfen, welche Aufgaben kann der Staat noch leisten, damit sich daraus auch folgend eine Ausgabenbegrenzung ergibt.

Ich bin der Finanzministerin ausdrücklich dankbar, dass sie vorhin in ihrer Rede angekündigt hat, dass eine Haushaltsstrukturkommission schon in diesen Tagen eingesetzt werden soll, die noch in diesem Jahr sich genau mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt, weil das Haushaltsjahr 2010 tatsächlich das Jahr der Haushälter ist, weil wir das besondere Jahr haben, dass wir zwei Haushalte machen müssen, den für das Jahr 2010 im Übergang, aber auch schon das Jahr 2011 in den Blick nehmen müssen, und dieselben Verantwortlichen, die über den Haushalt 2010 abstimmen, müssen mit den Folgewirkungen auch den Haushalt 2011 abstimmen. Deshalb ergeben sich zentrale politische Herausforderungen.

Ich will eines deshalb deutlich sagen, diese Zahlen aus der Bevölkerungsstatistik machen unmissverständlich deutlich, dass die Schuldenlast, die wir jetzt aufbürden, von immer weniger Schultern getragen werden muss und diese immer weniger Schultern können sich das auf die Dauer nicht leisten.

(Beifall CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, kann unser Versuch, unser politischer Handlungsauftrag nur darin liegen, den demographischen Sturzflug in einen Sinkflug zu verwandeln. Wenn das gelingt, besteht vielleicht auch die Chance wieder durchzustarten. Dieses Durchstarten gelingt aber nicht mit leerem Tank, da will ich als leeren Tank am Ende das Geld in der Kasse bezeichnen. Deshalb ist es wichtig, jetzt die richtigen Weichenstellungen zu machen, aber auch so viel Geld im Tank zu lassen, dass wir auch durchstarten können. Es muss unsere Aufgabe sein, nicht nur wahlperiodengerecht zu denken, sondern auch weit darüber hinaus. Nur das ist demographiegerecht, nur das ist generationengerecht. Deswegen will ich auch nicht verhehlen, sehr geehrte Abgeordnete Kellner, dass wir zu Recht aus der Mitte des Hauses und nicht die Landesregierung gesagt haben, wir wollen einen Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen einrichten, die Landesregierung unterstützt diesen Auftrag aus der Mitte des Hauses, weil es wichtig ist, dass einer mit besonderem Auftrag aus diesem Haus auch dafür einsteht und schaut: Wie kann der Zusammenhalt der Generationen geleistet werden, wie kann generationengerechte Politik gestaltet werden? Da gehört auch der Blick auf die Haushalte immer wieder dazu. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Haushaltsansatz, dass ein solcher Generationenbeauftragter eingesetzt wird.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, bei aller Notwendigkeit, Ausgaben zu begrenzen, ist es wichtig, zusätzlich in Arbeitsplätze und Bildung zu investieren. Deshalb sind wir dankbar, dass die Investitionsausgaben eine deutliche Steigerung immerhin um 374 Mio. € auf knapp 1,9 Mrd. € insgesamt erfahren. Damit werden heimische Arbeitsplätze gesichert, neue geschaffen und wir wissen auch, dass das Konjunkturpaket des Bundes in besonderer Weise hilft, weil die Investitionssteigerung auch zum großen Teil darauf beruht, dass mit 233 Mio. € wir eine wichtige Unterstützung bekommen.

Aber einen entscheidenden weiteren Punkt sichert dieser Haushalt ab, nämlich die volle Kofinanzierung von Bundes- und EU-Programmen und das in der Summe sichert uns eine einmalig hohe Investitionsquote von 19 Prozent. Ich glaube, das ist die Leistungskraft, die dieser Haushalt verspricht, um die richtige Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu geben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns da eine Menge vorgenommen mit diesem Haushalt, um die Realisierung von neuem Wirtschafts-, Arbeitsmarkts- und innovationspolitischem Potenzial umzusetzen und offensiv und aktiv eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für eine verlässliche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Innovationspolitik zu geben. Ich will einzelne Punkte aufzählen. Wir haben uns vorgenommen, den Ausbau der Kleinkreditprogramme zur Verbesserung der Liquidität Thüringer Unternehmen und des Mittelstands voranzutreiben. Wir haben uns vorgenommen, die Verbreiterung der Wirtschaftsbasis Thüringens durch die Entwicklung attraktiver Standortbedingungen für die Gewinnung von Neuansiedlungen und Neugründungen von Unternehmen sowie die intensive Bestandspflege zu unterstützen. Wir haben uns vorgenommen, die kompetente Aus- und Weiterbildung sowie die demographiebedingte Sicherung und Gewinnung des Fachkräftenachwuchses zu fördern. Wir nehmen uns vor, mit dem Haushalt Anreize für eine tariforientierte und branchenübliche Entlohnung bei der Wirtschaftsförderung zu setzen und die Intensivierung der Investitions- und Technologieförderung in den traditionellen Bereichen und Zukunftstechnologien zu betreiben. Und wir wollen mit diesem Haushalt die Förderung von Kooperation von Unternehmen untereinander und mit Hochschulen mit Forschungs- und Technologieeinrichtungen forcieren. Wir nehmen uns vor, die intensive Zusammenarbeit mittelständischer Unternehmen in Clustern und Netzwerken als Chance für die Verwirklichung von Innovationsvorhaben, die Vermarktung von Produkten sowie die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften aufzubauen und letztlich die fortschreitende intensive FuE-Förderung zur Unterstützung kleiner und wirtschaftsnaher Forschungsinstitute zu begleiten. Das ist ein Riesenpaket, um dieser Krise Herr zu werden. Das ist die Aufgabe, die eine Landesregierung leisten kann und auch leisten muss und wir unterstützen das.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir unterstützen auch unsere Kommunen. Ein Drittel unseres Landesgeldes, 3 Mrd. €, fließen in die kommunalen Kassen. Ich glaube, es gibt kein Bundesland in Deutschland, das pro Kopf seiner Einwohner eine so starke Unterstützung für die kommunale Seite leistet. Das ist wichtig und dazu bekennen wir uns.

(Beifall CDU)

Aber ich will auch angesichts einer Kommentierung heute in einer Thüringer Zeitung natürlich noch einmal, auch wenn wir gestern kurz in der Aktuellen Stunde darüber gesprochen haben, auf die Kommunalfinanzierung eingehen, weil eines natürlich für das Verständnis der Kommunalfinanzierung wichtig ist, nämlich das Thema, dass das Land nach besten Kräften und nach allen verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten seine größtmögliche Unterstützung leistet und die habe ich beschrieben. Aber was das Land nicht ausgleichen kann, das ist die schwierige eigene Gewerbesteuererhebungsbasis der Thüringer Kommunen. Wir streiten darüber immer ausführlich. Natürlich sagen Sie von der LINKEN immer, auch immer wiederholend, und ich will es auch gern selbst beschreiben - auch diesen Ausfall von Gewerbesteuererhebungen soll das Land Thüringen ausgleichen. Ich muss Ihnen sagen: Das geht nicht. Das geht nicht und das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Was wir schaffen

mit unserem wirklich üppig ausgestatteten Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von knapp 3 Mrd. € ist das, dass wir diese geringe Steuereinnahmehbasis der Kommunen so ausgleichen, dass unsere Thüringer Kommunen, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise, im Durchschnitt am Ende so viele Einnahmen erzielen, dass sie weder ganz hinten stehen im letzten Drittel noch ganz vorn stehen, aber in der Mitte von allen Kommunen in Deutschland so ausgestattet sind. Es wäre besser, unsere eigenen Kommunen hätten eine bessere Gewerbesteuerereinnahmehbasis. Wer in den letzten Tagen eine aktuelle Statistik gelesen hat in der Wirtschaftswoche, der hat gesehen, und das ist ganz spannend, bei dem Vergleich, was sind die 10 Städte in Deutschland mit den niedrigsten Gewerbesteuerereinnahmen. Das zeigt auch ein Stück, dass wir in dem Aufholprozess deutsche Einheit noch nicht abgeschlossen sind. Bei 10 Städten mit den niedrigsten Gewerbesteuerereinnahmen finden sich drei Thüringer Städte. Und die Stadt, die am niedrigsten Steuereinnahmen mit der Gewerbesteuer erzielt, ist die Stadt Suhl mit 184 € Pro- Kopf-Aufkommen an Gewerbesteuer. Schon auf dem 2. Platz - aber in der Negativstatistik - kommt gleich Weimar mit 192 € pro Kopf und nicht weit weg davon ist Gera mit 213 € pro Kopf Gewerbesteuerereinnahmen. 30 km weiter, aber auf der anderen Seite unserer Thüringer Grenze, ist die Stadt Coburg. Die hat in Deutschland das höchste Pro-Kopf- Gewerbesteueraufkommen mit 2.668 € pro Einwohner. Daran sehen Sie auch, wenn es ein Dilemma gibt, wo unsere Kommunen zu Recht beklagen, sie sind möglicherweise nicht richtig ausgestattet, dann liegt es in dieser Lücke von Gewerbesteuerereinnahmen 2.668 € pro Kopf in Coburg und 184 € in Suhl.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Dann fragt doch mal nach den Ursachen, Mensch.)

Zwischen beiden Städten liegen 30 km aber auch 40 Jahre unterschiedliche Entwicklung. Ich will daraus keinen Hehl machen, diese 40 Jahre unterschiedliche Entwicklung sind noch nicht aufgeholt und das macht sich am Beispiel der Gewerbesteuerereinnahmen fest. Deshalb bleibt es unsere große Aufgabe als Thüringer Freistaat, wir machen das mit einem stark ausgestatteten Kommunalen Finanzausgleich, den Kommunen so zu helfen, weil sie es allein mit ihrer Gewerbesteuerereinnahme noch nicht schaffen können.

(Beifall CDU)

Ich finde ganz persönlich - ich beuge lieber vor und sage das gleich als meine Privatmeinung - spannend, dass im Bund darüber diskutiert wird, wie kann ich die kommunale Einnahmehbasis auf eine andere Basis stellen. Ob die Vorschläge schon alle ausgereift sind, die in Berlin diskutiert werden, darüber kann man ja ruhig nachdenken, aber eine Alternative möglicherweise zu finden und eine verstetigtere Einnahmehform zu finden als die Gewerbesteuer, das muss doch aus Sicht der jungen Länder ein Auftrag sein. Wir sehen es doch, wer davon redet und sagt, die Gewerbesteuerereinnahme ist eine wichtige Einnahmequelle, der verkennt zumindest diese Sachlage in den neuen deutschen Bundesländern. Unsere Gewerbesteuerereinnahmehbasis ist eine Katastrophe für unsere Kommunen und sie ist mit Sicherheit nicht tauglich, um die Einnahmehbasis unserer Kommunen und Städte und Landkreise zu verbessern.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb ist es mir ein Herzensanliegen, dass wir darüber mitreden in Berlin, dass wir uns

einbringen mit eigenen Vorschlägen, weil nur das auch die Frage auflöst, wie können wir mit unserem eigenen Kommunalen Finanzausgleich umgehen, weil die Lösung halt nicht die ist, auf den Kommunalen Finanzausgleich noch mehr aufzusatteln. Das ist im Übrigen auch nicht der Anspruch des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Ich habe es gestern kurz gesagt, ich will es gern noch mal ansprechen: Der Verfassungsgerichtshof sagt, wir müssen den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung gewährleisten und die angemessene Finanzausstattung umfasst mindestens eine Mindestausstattung, um überhaupt die Aufgaben machen zu können, und umfasst aber so viel, dass sie auch alle Aufgaben, die wir übertragen - es sind ja nicht nur übertragene Aufgaben - und auch die Aufgaben im eigenen Wirkungskreis sachgerecht und ordentlich erledigen können. Da ist es so, dass jede Kommune unterschiedliche Voraussetzungen hat, weil nicht alle Kommunen die gleichen Aufgaben leisten müssen. Deshalb ist es richtig, dass es dann innerhalb dieser angemessenen Finanzausstattung auch zwei große Finanzblöcke gibt, nämlich den der Schlüsselzuweisungen und dort möglichst pauschalisiert, um den Stück den Finanzbedarf abzudecken innerhalb der Finanzmindestausstattung, die 2,2 Mrd. € beträgt, beträgt die Gesamtschlüsselmasse - also der verschlüsselte Bereich - davon wiederum rund 1 Mrd. €. Aber entscheidend ist, dass darauf weiter auch noch aufgesattelt ist das, was bedarfsnotwendig für jede einzelne Kommune, für jeden einzelnen Landkreis ist entsprechend seiner Aufgabenzuordnung. Die Gesamtsumme, das habe ich gestern gesagt, die beträgt 2,623 Mrd. € gegenüber 2,477 Mrd. € im vergangenen Jahr. Das muss noch mal gesagt sein, weil die Einmaleffekte bei der Spitzabrechnung aus 2007 weder eingerechnet werden können noch darauf ein Anspruch besteht, aber das jedes nur verzerrte Vergleiche ergibt, wenn Einmaleffekte mit reinrechne, vergleiche es dann im nächsten Jahr.

Entscheidend bleibt, und das hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, wir müssen die Kommunen unabhängig von unserer eigenen Finanzlage - darüber kann man nachdenken, ob das klug war - die Kommunen angemessen ausstatten und ihnen auch noch - und das ist zweite große Punkt - über die freiwilligen Leistungen eigene Gestaltungsspielräume geben, um den verfassungsrechtlichen Anspruch der kommunalen Selbstverwaltung zu gewährleisten. Dieser Haushalt und diese Regierung gewährleistet das ausdrücklich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen ist das natürlich eine spannende Diskussion, die wir im Bereich der kommunalen Finanzausstattung führen. Wir müssen sie auch zu Ende führen, aber es bleibt auch - das will ich noch mal sagen an dieser Stelle - die Voraussetzung, dass man sich in diesen wichtigen schwierigen Fällen auch auskennt. Es macht Sinn, auch im Rahmen unserer Haushaltsstrukturkommission noch mal darüber nachzudenken, welche Aufgaben, die wir auf kommunaler Ebene hingegeben haben, tatsächlich sein müssen. Nicht, dass wir nun schauen, wie können sie privatisiert werden, was holt das Land wieder zurück, weil das zu kurz gedacht wäre, sondern welche Aufgaben sind überhaupt tatsächlich notwendig oder von welchen Aufgaben kann sich der Staat zurückziehen. Ich denke, gerade im Kommunalen Finanzausgleich gilt: Aufgabenreduzierung ermöglicht Ausgabenreduzierung und damit auch einen angemessenen Finanzausgleich auf einer anderen Basis. Das ist wichtig und dieser Aufgabe sollten wir uns jetzt stellen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, eine Zahl bleibt wichtig für 2010. Das Kabinett hat ausführlich darüber beraten und hat die Entscheidung getroffen, auf eine Spitzabrechnung der Mehreinnahmen der Kommunen in Höhe von 111 Mio. € im Jahre 2010 zu verzichten. Ich will diese Zahl nur deshalb nennen, weil sie immer untergeht in dieser aktuellen Debatte. Natürlich muss ich auf die 2,8 Mrd. € Gesamtfinanzausstattung zuzüglich Konjunkturpaket, da sind wir genau bei 3,3 Mrd. €, natürlich auch rechnen - gedanklich wenigstens - den Verzicht des Landes auf die Beteiligung von Steuermehreinnahmen. Das ist wichtig. Der Verfassungsgerichtshof auf die Klage eines hier jetzt anwesenden Ministers hat in der Vergangenheit ja entschieden, dass die Kommunen nicht mehr am Finanzverbund beteiligt werden bis auf eine kleine Restsumme und damit an der Steuerentwicklung des Landes nicht mehr teilhaben, ob die nun hoch geht oder runter geht. Entscheidend ist immer noch der Effekt, das bleibt den Kommunen am Ende selber übrig. Der Verzicht des Landes hier auf 111 Mio. €, diese nicht mit zu veranschlagen, ist ein wichtiger Beitrag, insbesondere deshalb, wenn man mal in die Kassenstatistik schaut. Natürlich ist jede Statistik so wie sie ist, die trifft nicht auf alle Kommunen zu. Aber in der Summe aller Thüringer Kommunen und aller Thüringer Landkreise ergeben sich folgende Zahlen, nämlich dass seit 2004 in jedem Jahr die Kommunen in der Summe Überschüsse erwirtschaftet haben - im Jahr 2004 144 Mio. €, im Jahr 2005 248 Mio. €, im Jahr 2006 182 Mio. €, im Jahr 2007 104 Mio. € und im Jahr 2008 290 Mio. €. Das Selbstverwaltungsrecht wie die Selbstverwaltungsverpflichtung der Kommunen erfordert auch, dass man selbständig mit diesem Geld umgeht. Aber es bleibt für die Ehrlichkeit der Debatte wenigstens wichtig zu vergleichen, was passiert, wenn die eine Ebene im Staatsgebilde jedes Jahr Überschüsse erwirtschaftet und die andere Ebene, die für die angemessene Finanzausstattung sorgt, auch ein Stück eigene Schulden aufnehmen muss, damit dort unten am Ende Überschüsse erwirtschaftet werden. Über diesen Zusammenhang wenigstens einmal nachzudenken, gedankenfrei ohne gleich wieder Prügel zu kriegen, das lohnt sich, auch einmal darauf zu schauen, inwieweit wir nicht eine Fortentwicklung auch des Kommunalen Finanzausgleichs gemeinsam mit den Spitzenverbänden, mit dem Gemeinde- und Städtebund und Landkreistag besprechen können. Es lohnt sich und es bleibt auch eine wichtige Aufgabe.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben mit unseren 9 Mrd. € Gesamthaushalt - gut es ist ein Stück mehr - nicht viele Möglichkeiten, am Ende den wichtigen Konsolidierungsbedarf, den ich beschrieben habe, umzusetzen. Wir haben den Kommunalen Finanzausgleich mit 3 Mrd. €, da habe ich gesagt, Aufgabenreduzierung geht vor Ausgabenreduzierung, ich betone es noch einmal ausdrücklich, und wir haben den Personalkörper, immerhin jetzt mit einer Belastung von fast 2,5 Mrd. €. Wir haben es geschafft ausdrücklich, das gilt in der Konsequenz aller Finanzministerinnen und Finanzminister, dass wir eine relativ niedrige Personalkostenquote haben im Vergleich zu anderen Ländern und vor allen Dingen im Vergleich zu den alten Bundesländern.

Trotzdem ist die Belastung für uns hoch und allein die Tarifsteigerung der Ost-West-Angleichung in diesem Jahr, wo die normale Tarifsteigerung insgesamt eine Summe von 8,3 Prozent ausmacht, müssen wir mit diesem Haushalt mittragen. Das trägt auch ein Stück dazu bei, warum die Verschuldungsgröße jetzt genauso ist, wie sie auch ist. Aber jetzt kommt es doch darauf an, in diesem wichtigen Bereich auch zu schauen - und dazu soll die Haushaltsstrukturkommission dienen -, welche Aufgaben muss der Staat noch machen und dann ergibt sich daraus auch nicht ein weiterer und, ich finde, notwendiger Reduzierungsbedarf im Personalkörper des Landes bei gleichzeitigem Blick darauf, auch

Einstellungskorridore in wichtigen politischen Feldern abzusichern. Ich sage ausdrücklich, da beziehe ich die Erzieherinnen in den Kindergärten ein,

(Beifall CDU)

da hebe ich die jungen Polizisten für die innere Sicherheit insbesondere hervor, und ich sage ausdrücklich, dass wir im Bildungsbereich neue junge Lehrer brauchen, damit auch beste Bildung in diesem Land garantiert werden kann.

(Beifall CDU)

Der Ausgangspunkt ist, wir verlieren durch altersbedingte Abgänge ohne Kündigung bis zum Jahr 2020 ungefähr 15.000 weitere Bedienstete. Es macht Sinn, aus diesem altersbedingten Abgang auch ein Stück Einstellungskorridore zu formulieren und trotzdem auch einen weiteren notwendigen Konsolidierungsbedarf zu erwirtschaften, der unumgänglich ist, wenn wir im Jahr 2019 ohne die Hilfen des Solidarpakts auskommen wollen und trotzdem unsere eigenen Ausgaben bestreiten können.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb haben wir vorgeschlagen, es lohnt sich darüber nachzudenken, die Zahl der Bediensteten in Thüringen bis zum Jahr 2020 mindestens durch die kw-Stellenausbringung auf 40.000 zu reduzieren. Das ist eine wichtige Aufgabe. Aber wir erreichen damit am Ende nur eines, dass wir vergleichbar mit den Bundesländern sind mit Beschäftigten im öffentlichen Dienst pro 1.000 Einwohner mit der Quote, die die heute im Jahr 2010 schon haben. Also unser Anspruch, auf 40.000 Landesbedienstete zu kommen bei gleichzeitigem Rückgang in der demographischen Entwicklung - ich habe vorhin die Bevölkerungsstatistik nicht ohne Grund gesagt -, heißt das, dass wir zum Stand heute 2010 mit dem neuen Verhältnis 40.000 Landesbedienstete auf dann ungefähr 2,1 Mio. Einwohner in Thüringen genauso viel Beschäftigte haben im Jahr 2020 wie heute vergleichbare Länder, wie unter anderem Schleswig Holstein im Jahr 2010. Das unterstellt wiederum, dass diese Länder an ihrem eigenen Konsolidierungsbedarf selbst nicht weiterarbeiten. Deshalb kommen wir nicht drum herum, im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission uns diese wichtige Frage zu stellen, aber immer wieder - ich sage es noch einmal ausdrücklich - müssen wir gleichzeitig Mut machen und Perspektiven eröffnen für junge Menschen in diesem Freistaat in wichtigen Feldern, in der Bildung, im Kindergarten, aber auch bei der Polizei zu arbeiten. Diese Einstellungskorridore werden wir garantieren.

(Beifall CDU)

Deshalb meine Damen und Herren, haben wir auch zu Recht die Novellierung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes auf den Weg gebracht. Die Gesamtkosten für diese ganze Leistung, die wir damit aufbringen, nicht nur durch die Novellierung und durch die Verbesserung der Standards - betragen aber nächstem Jahr, wenn das volle Jahr gerechnet wird, das Kindergartenjahr vom 01.01. bis zum 31.12. dann 500 Mio. €. 500 Mio. €, eine halbe Mrd. € leisten wir uns, und wir wollen sie uns leisten, damit beste Kindergartenbetreuung in Thüringen gewährleistet wird. Übrigens in Deutschland unvergleichbar die beste überhaupt. Darauf können wir auch gemeinsam ein Stück auf die Entwicklung, die wir dann geschafft haben mit dem neuen Gesetz auch stolz sein. Das

macht uns kein anderes Bundesland so schnell nach.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, weil auch die Kollegin von der Fraktion DIE LINKE vorhin darauf eingegangen ist, wir sichern mit dem Gesetz auch zu, dass den Kommunen alle Kosten, die sich aus dem Mehraufwuchs ergeben, auch erstattet werden. Ich will das ausdrücklich sagen, weil das wichtig ist, dass das nicht untergeht, wir haben das genau berechnet und abzüglich aller Mittel Dritter, abzüglich der Einnahmen aus Elterngebühren für den Bestand, dort, wo Eltergebühren schon erhoben sind, zuzüglich der neuen Leistungen, der neuen Betreuung zwischen 1 und 2, auch da ergibt sich natürlich für eine neue Leistung auch ein Stück Elternbeitrag, aber nicht für das, wo wir die Standards heben, ergibt sich insgesamt ein ungedeckter Finanzbedarf für die Kommunen im Jahr 2010 von 351,8 Mio. €. Das ist im Vergleich zum Ansatz des Jahres 2009 ein Mehrbedarf von 17,2 Mio. €. Es gab ja vorher auch mal andere Schätzungen, ich will darauf nicht weiter eingehen. Wir versuchen, oder wir leisten, nicht versuchen, sondern wir tun es tatsächlich, die angemessene Finanzausstattung in diesem Bereich auch abzusichern. Deswegen steigt die um 52 Mio. € in diesem Bereich an. 128 Mio. € werden als Landespauschale ausgereicht, 17,3 Mio. € als Infrastrukturpauschale, insgesamt 145,3 Mio. € und weitere 206 Mio. € werden bei der Bildung der Schlüsselmasse berücksichtigt. Das heißt, und das ist der Beweis dafür, das, was den Kommunen an Mehrbedarf für das neue Kita-Gesetz entsteht, leistet der Freistaat Thüringen zu 100 Prozent mit diesem Haushalt 2010.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, wir erfüllen mit diesem neuen Kita-Gesetz ein zentrales Versprechen unseres Koalitionsvertrags. Wir bringen eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Reform in dieser Wahlperiode auf den Weg. Wir haben gesagt, wir wollen das zu Beginn der Wahlperiode tun, setzen die Priorität an dieser Stelle, tun anderes später, aber an dieser Stelle wollen wir es tun. Ich bin dankbar, dass alle, die gemeinsam an diesen Tagen, auch über die Weihnachtsfeiertage und die Neujahrstage hart verhandelt und gekämpft haben, dass wir dieses Versprechen jetzt so erfüllen können. Ich bin überzeugt, dass eine wichtige Herausforderung der Zukunft an dieser Stelle gewährleistet ist und alle, die Familien gründen wollen und alle, die Familien in Thüringen haben, die finden hier mit dem neuen Kita-Gesetz auch beste Bedingungen in Thüringen.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, aber einen kleinen Wermutstropfen sozusagen will ich mit verteilen, weil es natürlich wichtig ist. Wir leisten uns in der Vollausstattung, es gibt da ja auch unterschiedliche Berechnungen, ich nehme mal die guten Zahlen an, weil ich heute insgesamt ein Guter sein will,

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

93 Mio. € kostet uns das neue Kita-Gesetz.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: War das der Wermutstropfen?)

Nein, noch nicht, ich wollte dich nur sanft stimmen. Dass es schon wichtig ist, zu schauen,

dass auch andere Länder auf uns blicken, insbesondere die, von denen wir die Hilfe und Solidarität bekommen. Was können sie sich selber leisten?

Natürlich sind wir stolz in Thüringen auf unsere beste Lehrer-Schüler-Relation. Wir sind stolz auf die beste Kindergartenbetreuung. Wir sind stolz auf die beste Kulturausstattung. Wir sind stolz auf unsere vielen Olympiasieger. An dieser Stelle will ich allen gratulieren, die in diesen Tagen so viele Medaillen für unseren Freistaat geholt haben. Darauf können wir schon stolz sein.

(Beifall CDU, DIE LINKE, FDP)

Bitte im Protokoll nicht vergessen, Beifall von der Fraktion DIE LINKE für Mohring. Das muss ich mir einrahmen. Wenigstens an dieser Stelle.

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Bitte korrekt: für die Olympiasieger.)

Aber ich habe es gesagt. Es bleibt dabei. Aber auch da ist die Ausgangsvoraussetzung deswegen, weil wir höchste Sportförderungen garantieren mit unseren Sportgymnasien, weil wir helfen, die Übergänge vom Amateursport in den Profisport zu begleiten, weil wir eine eigene Sportfördergruppe bei der Polizei eingerichtet haben, was andere nicht haben. Das sichert auch materielle Unabhängigkeit der Sportler, sich ihrem Sport zu widmen - da geht gleich die Jalousie hoch und die Sonne kommt herein - und wir haben eine kommunale Infrastruktur, die kann sich sehen lassen. Es ist in Thüringen schwierig, noch einen Film zu drehen, der DDR-nostalgisch die richtige Kulisse bietet. Da muss man schon nach Sachsen-Anhalt oder Brandenburg gehen. In Thüringen gehen solche Filme nicht mehr.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir trotzdem so viele neue Schulden machen, dann ist es wichtig, dass andere auch schauen und sagen, was können wir uns leisten? Ich mache keinen Hehl daraus, wenn wir nach Kommunen schauen in Nordrhein-Westfalen oder vielleicht auch nach Schleswig-Holstein oder vielleicht auch nach Niedersachsen, dann sagen die, ihr macht ganz schön viel, was wir uns nicht mehr leisten können.

Deswegen immer dann, wenn man Solidarität der anderen einfordert, muss auch das Maß gewährleistet sein, nichts zu überreizen, dass man am Ende mehr machen will mit fremdem Geld, als es sich die leisten können, die uns auch ein Stück in dieser Solidarität jetzt 20 Jahre und immerhin auch noch die nächsten neun Jahre unterstützen. Das ist wichtig.

Deshalb bleibt es dabei - wir müssen schauen, dass wir uns in unserem Ausgabeverhalten zurücknehmen und dass die Bürger das genauso sehen. Das hat die Finanzministerin in einer Umfrage gesagt, aber ich will zwei weitere ergänzen. Die Thüringer Allgemeine hat eine eigene Umfrage gemacht, wer eigentlich für neue oder gegen neue Schulden ist. Darin haben sich 90 Prozent der Thüringer-Allgemeine-Leser, die im Internet mitgemacht haben, gegen neue Schulden ausgesprochen. Herr Machnig hat auch geklickt, aber es hat nicht gereicht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Machnig war nicht dabei.)

(Heiterkeit FDP)

Die CDU-Fraktion hat auf ihrer Homepage eine eigene Umfrage gemacht, da waren es immerhin 80 Prozent. Die Finanzministerin hat zu Recht gesagt, 62 Prozent der Deutschen sehen es als größte Sorge für sich selbst an, Angst davor zu haben, mit den Schulden nicht mehr beherrschbar umzugehen und dass Inflation droht. Dass das im kollektiven Gedächtnis eine wichtige Rolle spielt und jetzt sogar wichtiger geworden ist als die eigene Arbeitsplatzsicherheit, muss politisch verantwortliche und politisch denkende Menschen im Herzen berühren und unsere Aufgaben bleiben. Wir wollen als CDU-Fraktion, das sage ich ganz ausdrücklich, in dieser Legislaturperiode Haushalte ohne neue Schulden aufstellen. Dieses Ziel ist für uns wichtiger Maßstab.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, dass das möglich ist, das soll nur mal eine Zahl beschreiben. Die Finanzministerin hat in dieser Woche den Jahresabschluss für das Jahr 2009 vorgelegt. Da findet sich eine wichtige Zahl wieder - die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben haben im Jahr 2009 4,639 Mrd. € betragen und waren unterm Strich 425 Mio. € unter den veranschlagten Einnahmen. Die jetzt geplanten Steuermindereinnahmen im Jahr 2010 betragen 397 Mio. € - die tatsächlichen im Vergleich zu 2009, nicht entsprechend der Prognose, die irgendwann einmal aufgestellt wurde. 397 Mio. € Steuerausfälle im Jahr 2010, tatsächliche Steuerausfälle im Jahr 2009 425 Mio. €. Wenn ich das nebeneinander lege, dann sehen wir, es gibt eine gleiche Steuerausfallsituation 2009 und 2010, weil die Finanz- und Wirtschaftskrise uns schon ereilt. Wir haben im Jahr 2009 Rücklagen aufgebraucht, um die Neuverschuldung zu halten. Wir brauchen im Jahr 2010 Rücklagen und Überschüsse auf und schaffen es trotzdem noch nicht, ohne neue Schulden auszukommen. Deswegen will ich nicht dem Wort reden, im Jahr 2010 einen Haushalt ohne Schulden aufzustellen, das wäre unrealistisch, weil wir Aufgaben haben - Investitionen absichern, Bildung absichern, Steuerausfälle kompensieren, kommunalen Finanzausgleich ausgleichen, Tarifsteigerung, ich kann das alles aufzählen. Aber es darf trotzdem nicht so sein, dass es bei gleicher Steuermindereinnahmesituation in dem einen Jahr mit Null geht und im anderen mit der Höchstspitze bis centgenau auf der verfassungsmäßigen Grenze liegt. Deswegen muss es - ich will es noch einmal wiederholen - nach unten gehen, weil das ganz entscheidend ist. Die Aufgabe müssen wir leisten. Ich hoffe, alle machen mit, denken ernsthaft darüber nach. Ich will mich noch einmal den Liberalen zuwenden, er tauscht gerade den Platz, das ist ganz gut, weil ich bei einem liberalen Kollegen heute früh in der Zeitung gelesen habe, dass er noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit ist, wie Haushalt gelesen wird.

Ich will es an einem Beispiel festmachen, obwohl ich mich heute aus Einzelbeispielen herausgehalten habe. Da kommt der Vorwurf eines Liberalen und besagt, insbesondere gäbe es Einsparungsbereiche in der Staatskanzlei, weil die Kosten dort um 50 Prozent nach oben gehen. Das ist natürlich richtig, wenn man nur auf die nackten Zahlen sieht. Aber es lohnt sich, Haushalt auch lesen zu können. Dann würde der geschätzte Kollege, der neu im Landtag ist, wissen, dass der Bereich der Medien komplett von einem Ressort auf das andere gegangen ist und ausschließlich das genau der Bereich ist, der zu den vermeintlichen Mehraufwendungen in der Staatskanzlei geführt hat. Ich bitte deshalb, dass wir eine sachliche und kluge Debatte führen, mit klugen Vorschlägen, die Thüringen betreffen. Manchen Liberalen will ich gern an dieser Stelle ermutigen, sich mehr um Thüringen zu kümmern, als den Bundesvorsitzenden zu verteidigen, der durchs Land geht und das Land unsicher macht. Es lohnt sich, sich für diesen Freistaat einzusetzen und dabei

mitzumachen.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ein guter Satz.)

Viele gute Sätze, Herr Wirtschaftsminister, und viele gute Sätze werden Sie noch in den Haushaltsberatungen von uns hören und wir werden gemeinsam diesen Sätzen zustimmen.

Es bleibt dabei, was ich immer gesagt habe, wir machen das alles mit rotem Füller und schwarzer Tinte. Aber entscheidend bleibt, da will ich gern noch mal mitreden, wer diesen Füller auch schreibt. Das ist am Ende das, was zählt. Nicht der, der die großen Sprüche macht, sondern das, was am Ende im Landtag beschlossen wird. Das ist das Entscheidende, was dann gut ankommt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das sagt der Richtige.)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Dieses Zitat zu dieser Rede.)

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluss will ich Folgendes sagen, weil ich auch etwas Optimismus mit verbreiten will, auch wenn ich darauf eingegangen bin, wie schwierig unsere Ausgangslage ist und vor allem, welche wichtige Aufgabe wir uns im Konsolidierungsbereich in den nächsten Jahre vornehmen müssen. Es lohnt sich, diese Anstrengung zu machen, weil in diesem Freistaat so viel vorangekommen ist, weil die Thüringer gern in diesem Freistaat leben, weil die Investoren auch hier weiter investieren wollen, weil wir durch die Regierung und durch die Begleitung aus dem Parlament stabile Rahmenbedingungen liefern, weil wir wissen, dass dieses Land auch zukunftsmäßig gut vorangebracht werden kann, weil beste Bildung ermöglicht wird, weil beste Kindergartenbetreuung ermöglicht wird, weil beste wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen gesetzt werden, weil unsere Kommunen gut ausgestattet sind, weil wir in einem Land leben, was sicher ist hier in Thüringen, weil wir dankbar sein können den Einsatzkräften, die Tag für Tag mit ihrem eigenen Leben am Wochenende und in ihrer Freizeit sich dafür einsetzen. Das trifft auf die Rettungskräfte zu, das trifft auf die Feuerwehrleute zu, das trifft auf die Polizisten zu. Wir können dafür dankbar sein, dass in diesem Land sich so viele ehrenamtlich engagieren, Hunderttausende tun das in diesem Freistaat Thüringen unentgeltlich. Das ist eine gute Basis, wo es sich lohnt, in diesem Land sich zu engagieren. Wenn wir das schaffen und die Leitplanken ein Stück beachten, dann werden nicht nur viele Sportler Olympiasieger, dann wird auch dieser Freistaat Thüringen Olympiasieger. Dafür lohnt es sich, sich in dieser Haushaltsberatung zu engagieren. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)